

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Verkauf oder bei direktem Postbestellung ohne Postgebühren monatlich 7,50 M., bei Zustellung unter Straßband 4,50 M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Lieferungen der Postzustellung für 1919 eingetragene. Redaktion: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19111. Fernsprecher: Amt Norden 2035 und 2806.

Interate haben die schlagfertige, unangenehmliche aber deren Name 80 Pf., kleine Ausgaben das schlagfertige Wort 40 Pf., jedes weitere Wort 20 Pf. Einwerfungsschlag 80 Pf. Bei Familien- und Versammlungsanträgen ist der Zuschlag hoch. Interate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein. Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19. Fernsprecher: Amt Norden 9768.

FREIHEIT

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Räterepublik in Bayern.

Die Ausrufung der Räterepublik.

München, 7. April.

Die Räterepublik ist um 1 Uhr nachts beschlossen worden. Die Proklamation, die sie verkündet, wird noch diese Nacht gedruckt und morgen über ganz Bayern verbreitet werden.

München, 7. April.

Die Korrespondenz Hoffmann meldet amtlich: Telegramm an sämtliche Räteräte. Das werktätige Volk Bayerns hat seine Parteilagen überwunden und sich zu einem mächtigen Einheitsblock gegen jede Herrschaft und Ausbeutung zusammengeschlossen. Es übernimmt in den Räte-, Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräten die ganze öffentliche Gewalt.

Der Landtag wird aufgelöst. An die Stelle der Minister treten die Bevollmächtigten und Kommissare des Volkes. In den öffentlichen Angelegenheiten herrscht vollkommene Ordnung. Die Wirtschaft und die Verwaltung werden fortgeführt. Alle Angelegenheiten und Beamtenverhältnisse des Landes haben sich mit den Soldaten solidarisch erklärt und gewährleisten gemein, sam den Schutz und den Fortgang der Produktion.

Die Betriebe werden durch Betriebsräte der Arbeiter und Angestellten kontrolliert und gemeinsam mit der Leitung verwaltet. Alles gebührt der Gemeinschaft. Darum ist jede selbständige Sozialisierung ausgeschlossen.

Die A., S. und B.-Räte haben die Pflicht, überall für den Schutz der Räterepublik und für ruhige Entwicklung zu sorgen. Sie übernehmen die örtliche Gewalt und kontrollieren die Verwaltung. Sie sind dem werktätigen Volke für alle Handlungen und Unterlassungen verantwortlich.

Montag, den 7. April, ist Nationalfeiertag. Die Arbeit ruht an diesem Tage. Die Eisenbahnen, die Nahrungs-, Wasser-, Licht- und Heizbetriebe versorgen das Volk weiter.

Der revolutionäre Zentralrat Bayerns.
J. A. Kleisk.

Aufruf an das Volk.

München, 7. April.

Der bayerische Zentralrat erläßt folgende Proklamation:

Da das Volk in Bayern!

Die Entscheidung ist gefallen. Bayern ist Räterepublik. Das werktätige Volk ist Herr seines Geschicks. Die revolutionäre Arbeiterschaft und Bauernschaft Bayerns, darunter auch all unsere Brüder, die Soldaten sind, von keinem Parteiengeist mehr gehemmt, sind sich nun einig, daß von nun an jegliche Ausbeutung und Unterdrückung ein Ende haben muß. Die Diktatur des Proletariats ist nun zur Tatsache geworden. Bewußt ist die Bewirklichung eines wahrhaft sozialistischen Gemeinwesens, in dem jeder arbeitende Mensch sich am öffentlichen Leben beteiligen soll, einer gerechten sozialistisch-kommunistischen Wirtschaft. Der Landtag, das unruhigere Gebilde des überwundenen kapitalistischen Zeitalters, ist aufgelöst, das von ihm eingesetzte Ministerium zurückgetreten. Von den Räten des arbeitenden Volkes besteht, dem Volke verantwortliche Männer, erhalten als Vollbeauftragte für bestimmte Arbeitsgebiete außerordentliche Vollmachten. Ihre Befehle werden bewährte Männer aus allen Richtungen des revolutionären Sozialismus und Kommunismus sein. Die zahlreichen schätzbaren Kräfte des Beamtenstandes, zumal der unteren und mittleren Stufen, werden zur tatkräftigen Mitarbeit an dem neuen Werke angefordert. Das System der Bureaukratie aber wird unverzüglich ausgetilgt. Die Presse wird sozialisiert. Zum Schutze der bayerischen Räterepublik gegen reaktionäre Versuche von außen und von innen wird sofort eine rote Armee gebildet. Ein Revolutionsgericht wird jeden Anschlag auf die Räterepublik sofort rücksichtslos ahnden. Die bayerische Räterepublik folgt dem Beispiel der russischen und ungarischen Völker. Sie nimmt sofort die dräherliche Verbindung mit diesen Völkern auf, jedoch lehnt sie jedes Zusammenarbeiten mit der verächtlichen Regierung Oberst. Scheidemann-Roske-Graberger ab, weil sie unter der Flagge einer sozialistischen Republik das imperialistisch-kapitalistisch-militaristische Geschäft des schmachvoll zusammengebrochenen deutschen Kaiserreiches fortsetzt. Sie ruft alle deutschen Brüdervölker auf, den gleichen Weg zu gehen. Allen Proletariats, wo immer sie für Freiheit und Gerechtigkeit, wo immer sie für den revolutionären Sozialismus kämpfen, in Württemberg, im Ruhrgebiet, in der ganzen Welt, entbietet die bayerische Räterepublik ihre Grüße. Zum Zeichen der freundschaftlichen Beziehungen auf eine glückliche Zukunft für ganze Menschheit wird hiermit der 7. April

zum Nationalfeiertag ernannt. Zum Zeichen des beginnenden Abschiedes vom feudalen Zeitalter des Kapitalismus ruht am Montag, den 7. April, in ganz Bayern die Arbeit, soweit sie nicht für das Leben des werktätigen Volkes notwendig ist, worüber gleichzeitig nähere Bestimmungen ergehen. Es lebe das freie Bayern! Es lebe die Räterepublik! Es lebe die Weltrevolution!

Einberufung des Rätekongresses.

München, 6. April.

Die Korrespondenz Hoffmann meldet amtlich: Der Zentralrat der Räterepublik Bayerns hat beschlossen, daß die Arbeiter- und Bauernräte nach Berufen baldigst neu gewählt werden, daß eine Neuwahl der Soldatenräte gleichzeitig erfolgt und daß im Anschluß daran unverzüglich der Rätekongress einberufen wird. Wahltermin und Wahlordnung werden rechtzeitig veröffentlicht.

Die Rechtssozialisten für die Räterepublik.

München, 6. April.

Der Gaukonvent der sozialdemokratischen Partei Südbayerns hat mit 240 gegen 13 Stimmen beschlossen, der Gründung einer Räterepublik zuzustimmen unter der Bedingung, daß die unabhängige sozialdemokratische Partei und die kommunistische Partei an der Durchführung dieser Räterepublik mitwirken.

Die vorläufige bayerische Ministerliste.

T. U. München, 7. April.

Am Sonntag war außer den Ministern Frauendörffer und Unterleitner kein Mitglied des bisherigen Ministeriums in München. Nach der „Neubay.“ besteht folgende vorläufige Liste von Vollbeauftragten: Justiz Dr. Wahlen, Inneres Segel, Justiz Dr. Voelkel (Kommunist), Finanzen Dr. Jaffe (Unabh.), Handel Simon (Unabh.), Sozialisierung (neu) Dr. Neuraß, Kultusministerium Kleisk, Landwirtschaft Steiner, Verkehr Frauendörffer, Militär Schneppenhorst, Volkswirtschaft (neu) Landauer (Unabh.), Soziale Fürsorge Unterleitner (Unabh.).

Proklamation des Generalstreiks in Würzburg.

T. U. Würzburg, 7. April.

Gestern nachmittag fand eine Massenkundgebung auf dem Residenzplatz statt zugunsten der Räterepublik. Die Redner der Unabhängigen und Kommunisten entwickelten ihr Programm. Für heute wurde der Generalstreik proklamiert. Die Arbeiter der Nahrungsmittelgewerbe beteiligten sich jedoch nicht daran.

Die Revolution der Studenten.

München, 6. April.

Der Zentralrat geistiger Arbeiter veröffentlicht durch die Korrespondenz Hoffmann einen Erlaß, in dem es heißt: Die Studentenschaft der Universität München hat Sonntag nachmittag in einer Versammlung des Allgemeinen Studentenausschusses der Universität beschlossen, den bisherigen Senat als entbunden zu erklären und die Verwaltung der Universität einem Studentenrat zu übertragen. Dem ein Hochbetrie von Universitätsprofessoren beigegeben wird. Hiermit ist die erste Revolution der geistigen Arbeiter in die Wege geleitet. Die Studentenausschüsse der technischen Hochschule und der Handelshochschule in München, sowie der Universität Erlangen und Würzburg sind vom Zentralrat geistiger Arbeiter aufgefordert, in gleicher Weise vorzugehen.

Der fünfte Landtag.

Oettingen, 6. April. (Oab.)

Der neue Landtag besteht aus 80 Sozialisten, 42 Agrariern, 28 Mitgliedern der Koalition, 26 Progressisten, 22 Mitgliedern der Schwedischen Partei und 2 Christlich-sozialen Arbeitern. Der Agrarier Kolland wurde zum Präsidenten und der Sozialist Kollandoni sowie das Koalitionsmittglied Birkinson zum Vizepräsidenten gewählt.

Christlicher Protest gegen die Freisprechung Villains.

Bonn, 6. April.

Nach der „Humanität“ haben die eckhartbrunnigen Sozialisten in einer Straßburger Versammlung gegen den Freispruch Villains protestiert, der eine Christe nicht um an die sozialistische Arbeiterkraft, sondern an die gesamten Arbeiterklasse sei, und daß bereit erklärt, mit aller Kraft für die Verwirklichung des Sozialismus zu arbeiten.

Gegen die Anstifter des Bürgerkrieges!

Wie nicht anders zu erwarten, fällt die reaktionäre Presse mit wüsten Beschimpfungen über uns her, weil wir die Nachschützen der kaiserlichen Offiziere in Verbindung mit der Verbreitung der Pogromflugblätter der Regierung aufgedeckt haben. Allen voran der „Vorwärts“, der das Kakaientum des offiziellen Berichtigungsgapparates bei weitem übertrifft. Für dieses Blatt, dessen Chefredakteur Stamper noch gestern auf dem Bezirkskongress der S. P. D. eingestanden mußte, der „Vorwärts“ sei mit den Nachrichten aus V i e t n a m „beringefallen“, ist der Ablehnungsversuch der beteiligten Offizierskreise natürlich lauterste Wahrheit. Es bringt nicht einmal die Ehrlichkeit auf, um — wie es beispielsweise das „Berliner Tageblatt“ tut — die demontierte Ansprache Major v. Stockhausen im Wortlaut zu bringen, gar nicht zu reden davon, daß es die von uns gebrachten weiteren Feststellungen und Kommentare keinen Restern unterrichtigt. Dafür leistet es sich die ungebührende Fälschung, wir hätten die Arbeiter aufgefordert, die irregulierten Soldaten zur Meuterei zu verleiten. Diese Behauptung ist wohl das Schändlichste, was der „Vorwärts“ bisher zu erklären gewagt hat. Wir haben wörtlich geschrieben:

„Arbeitervorkämpfer! Merkt euch das, was der Leiter des Generalstabes Lüttich seinen Offizieren anbefohlen hat. Laßt euch nicht provozieren! Mäht die Unwissenden auf! Entlarvt vor den irregulierten Soldaten die Lüge und den Betrug ihrer Vorgesetzten! Stellt dem neuen Anschlag der Reaktion die Geschlossenheit eures revolutionären Willens entgegen. Schützt die Errungenschaften der Revolution vor den uniformierten Pogromisten, die alle Schreden der Hölle gegen euch loslassen wollen.“

Für jeden ehrlichen Menschen geht aus diesen Worten hervor, daß wir unsere einzige Aufgabe darin erblicken, der von der Regierung in Verbindung mit den Offizieren eingeleiteten Pogrompropaganda eine friedliche Abwehraktion der Arbeiterklasse entgegenzusetzen. Wir fordern die Arbeiter auf, die irregulierten, angeheulenden Soldaten über die wirklichen Verhältnisse aufzuklären. Wir fordern sie auf, der Lüge und dem Betrug, mit deren Hilfe sie gegen die revolutionäre Arbeiterkraft aufgeduldet werden, entgegenzutreten. Diese Aufforderung ist noch den Worten des „Vorwärts“ gleichbedeutend mit einem Aufruf zur Meuterei! Der „Vorwärts“ will also nicht, daß die Arbeiter aufklären und befähigt auf die Soldaten einwirken. Der „Vorwärts“ will nicht, daß die Arbeiter den Treibereien der Offiziere, die offenkundig den „alten preussischen Geist“ wieder herstellen wollen, entgegenzutreten. Der „Vorwärts“ fürchtet, daß durch eine derartigen aufklärende Arbeit die einzige Stütze der Regierung Oberst. Scheidemann untergraben werden könnte. Und darum scheut er auch nicht vor der Infamie zurück, die Soldaten direkt gegen uns aufzurufen, indem er uns vorwirft, wir hätten sie bisher stets als „Blutunde“, „rohe Soldateska“ usw. bezeichnet. Für jeden gewissenhaften Menschen ist diese Lüge ohne weiteres ersichtlich. Wir haben uns, trotz der härteren mühseligen Arbeit der Aufdeckung zahlloser Grenellaten von Regierungstruppen, nie zu Beschimpfungen gegen sie hinreichend lassen. Wenn der „Vorwärts“ das jetzt zu behaupten wagt, so ist der Hohn ohne weiteres klar. Neben dem Pogromistenflugblatt des Reichswehrministeriums soll auch die direkte Hege gegen uns unter den Truppen fortwirken, um jene „Schneidigkeit“, jene Wildheit zu erzeugen, die den Schrittmachern der blutigen Gegenrevolution notwendig erscheinen, um ihre verruchten Ziele zu erreichen.

Wir hoffen trotz alledem, daß dieses Ziel nicht verwirklicht wird. Auch unter den freiwilligen Truppen, wie unter den immobilen Formationen und den unteren Chargen, gibt es genügend einsichtige Männer, die trotz aller Verbeugung seitens der Vorgesetzten begreifen, wozu die Reife geht. Die jüngsten Ereignisse werden ihnen vollends die Augen geöffnet haben. Sie werden ihnen gezeigt haben, daß sie nur als Kanonenfutter für reaktionäre, volksfeindliche Zwecke mißbraucht werden, daß sie als Werkzeuge zur Niederhaltung der freiheitlichen Bewegung und zur Aufrichtung des alten militaristischen Systems benutzt werden sollen. Sie werden ihnen gezeigt haben, daß die zusammengewürfelten und von allen Seiten aneinandergezogenen Truppen in Berlin als

Lehrer soll bestraft werden sollen gegen die große Volksbewegung, die von allen Seiten mit unaufhaltbarer Macht andrückt. Diese Bewegung ist in ihren Zielen und Methoden friedlich. Sie verabsieht jede Gewalt, von welcher Seite sie auch angewendet werden mag. Wollen die Soldaten durch Unterstützung der provokatorischen Machenschaften der Offiziere sich in den blutigen aller Bürgerkriege hineinziehen lassen? Wollen sie sich zu Aktionen misshandeln, die letzten Endes zum Scheitern verurteilt sind und ihren eigenen Interessen widersprechen?

Wir sind überzeugt, daß die Einsichtigen unter den Soldaten das nicht wollen. Wir sind auch sicher, daß die Arbeiter, ohne Unterbrechung der Parteirichtung, unbefürchtet um die maßlose Desperatopolitik der heutigen Machthaber und ihrer reaktionären Hintermänner, alles aufbieten werden, um der heranrückenden großen Auseinandersetzung einen friedlichen Charakter zu verleihen. Diese Auseinandersetzung ist dank der Unfruchtbarkeit der bisherigen Regierungspolitik unaufhaltsam geworden. In ihr drängt auch die nächste internationale Entwicklung. Und daß sie in friedlichen Formen vollzogen werden kann, zeigt das Beispiel Ungarns, dem sich bereits Bayern angeschlossen hat.

Wir appellieren nochmals an alle Arbeiter und Soldaten: Laßt euch nicht provozieren! Laßt euch nicht zu Gewalttaten aufspornen! Laßt euch nicht in den Bürgerkrieg treiben, der unser Land und Volk mit dem größten Unheil bedroht.

Brief des Genossen Haase an den Ministerpräsidenten Scheidemann!

Genosse Haase hat an den Ministerpräsidenten Scheidemann folgenden Brief gerichtet:

„Die heutigen Zeitungen enthalten eine amtliche Mitteilung, in der erklärt wird, die von dem Reichswehrminister veröffentlichten Photographien seien eine „entsprechende Antwort“ auf die Behauptungen Haases in der Nationalversammlung. Ausschreitungen gegen Reitertruppen seien gar nicht vorgekommen.“

Diese amtliche Behauptung ist, soweit sie sich auf mich bezieht, un wahr. Nach dem amtlichen Stenogramm der Nationalversammlung vom 27. März 1919 habe ich im Gesamtteil gesagt: „Ich verurteile Mordtaten auf allen Seiten!“ Ich habe damit auf einen mir gemachten Mord sofort zum Ausdruck gebracht, daß auf beiden Seiten der kämpfenden Mordtaten vorgekommen sind.

Ich habe ferner im weiteren Verlauf meiner Rede gesagt:

„Daß es zu Kämpfen gekommen ist, auf allen Seiten. Entschieden vorgekommen ist, darüber ist kein Wort zu diesem Ablichen Ausdruck gegeben.“ (S. 847.)

Endlich habe ich in derselben Rede in Bezug auf die Tötung des Obersten von Klüber in Halle ausgesprochen:

„Die Art und Weise, wie Oberst von Klüber behandelt worden ist, hat uns alle mit Ablichen erfüllt und wir haben diesem Ablichen Ausdruck gegeben.“ (S. 847.)

Ich habe diese Mitteilung dem W. L. B. zur Veröffentlichung übergeben und erlaube Sie, Herr Ministerpräsident, dieses Bureau anzuweisen, daß die Veröffentlichung stattfindet.

Gen. Hugo Haase, Mitgl. der Nationalversammlung.

Die Pogromhehe.

Die vom Reichswehrminister herausgegebenen Pogromblätter sollen dokumentarisch die von den „Spartakisten“ verübten Gräueltaten an den Reitertruppen darstellen. Die höchst menschenwürdige Aufzeichnung der Verbrechen beweist aber, daß es dem Reichswehrminister Roske und den ihm nahestehenden Kreisen lediglich auf die politische Wirkung diverser Bilder ankommt, viel weniger auf die Verbreitung erwiesener Taten. Unter den photographierten Szenen ist bei der größten Anzahl eine Verwundung oder gar Verblütung überbaut nicht zu sehen. Man hat diese Tötungen mit photographiert, um die Wirkung zu erhöhen. Bei zwei Tötungen ist deutlich zu erkennen, daß sie nicht verblütet sind, sondern durch explodierende Artilleriegeschosse getötet worden sind. Daß man diese Verbrechen mit der Scham stellt, und zwar an vorderster Stelle, beweist mehr als alles andere den dunklen Hintergrund dieser vergiftenden Masche.

Auch das Märchen von der Verwendung von Dum-Dum-Geschossen steht bei der Pogromhehe nicht. Es ist erwiesen, daß es selbst Beratern klüger ist, die Verwendung von Dum-Dum-Geschossen aus der Art der Verwendung zu schließen, da derartige Verwundungen häufig von Luerickern verurteilt werden oder durch schlechtes Material des Geschossmantels sich erklären lassen. Das haben brasilianische Autoritäten während des ganzen Krieges wiederholt dargelegt; auch den Frontsoldaten ist es zur Genüge bekannt.

Nicht anders verhält es sich mit den abrochenen Gliedern. Hunderte deutsche Soldaten sind während des Krieges mit herartigen Verwundungen ausgehoben worden, kein Arzt hat dieserhalb etwas von Geschwulsten der Freunde zu reden, weil durch explodierende Minen oder Artilleriegeschosse die Leute vielfach in die Luft erhoben wurden und beim Fallen die Glieder brachen.

So läßt sich also — resp. militärisch betrachtet — aus den Pogromblättern der Reichsregierung sehr wenig einwandfreies Material zur Erbärmung „Spartakistischer“ Gräueltaten erbringen. Wir verurteilen selbstverständlich alle Vorkommnisse dieser Art auf das Schärfste, aber die Pogromblätter der Reichsregierung sind nicht dazu angetan, der Wahrheit und der Gerechtigkeit zu dienen. Das geht deutlich aus der wahllosen Aufzeichnung der Verbrechen hervor; außerdem beweist die massenhafte Verbreitung dieser Pogromblätter deutlich, daß es Herrn Roske nicht auf die Wahrheit, sondern auf die Wirkung ankommt. Der Zweck soll die Mittel heiligen. Und diese Mittel stellen das Berwerflichste dar, was sich je eine Regierung geleistet hat.

Das Lügen mit den Räten.

In der „Berliner Volkszeitung“ beiricht D. R. in einem Artikel unter der vorstehenden Ueberschrift den Beschluß des Kabinetts, den Arbeiterräten gewisse wirtschaft-

liche Befugnisse zu geben. Er kommt genau wie wir zu einer vernichtenden Kritik dieses Vorschlags. Er schreibt:

Aber man kann beim Lesen des neu vorgeschlagenen Verfassungsentwurfes den Eindruck nicht loswerden, daß man hier das nun will, was Ferdinand Lassalle seinem Feinde Franz von Sickingen zum Vorwurf machte: daß er listete, wo es sich um eine Idee handelte.

D. R. weist dann nach, daß das, was die Regierung jetzt verwirklichen will, nichts anderes ist als die Verwirklichung des uralten Planes bürgerlicher Sozialpolitik, den „Fabrikinstitutionalismus“ einzuführen. Aber auch bei den „Bezirksarbeiterräten“ handelte es sich um nichts anderes als um einen Ausbau des alten Arbeitskammeregesetzes. Die wahren Absichten der Regierung gliedert D. R. folgendermaßen:

Aber es ist nicht zu verkennen, daß die Regierung mit ihrem Entwurf eine Nebenabsicht verbindet. Indem sie das populäre Schlagwort „Räte“ als Bezeichnung für ihre Einrichtungen wählt, will sie den Anschein erwecken als würde jetzt doch ein großer Teil der radikalen Forderung „Alle Macht den Räten“ verwirklicht. Aber es heißt nach unserer Kenntnis doch den politischen Bildungstand auch der radikalen Arbeiterkreise unterfragen, wenn man sich in dem Glauben wegt, daß die Arbeiter nun befriedigt oder auch nur besänftigt würden, die auf dem Boden der politischen Räte stehen. Wir fürchten, hier wird der Eindruck, daß man sie überlisten will, die gegenteiligen Wirkungen hervorrufen.

So findet denn die hilflose Regierung mit ihren Beruhigungsspielen nicht einmal Unterstützung bei denjenigen demokratischen Politikern, die den Ernst der Stunde kennen und sehen, daß nur die wirkliche Erfüllung der Ansprüche der Arbeiter sie zufriedenstellen wird.

Bezirksstag der Rechtssozialisten.

Auf der am Sonntag im Herrenhaus stattgefundenen Bezirksversammlung der Sozialdemokratischen Partei machte sich die Opposition gegen die Politik der Regierung und der Parteiführer auf das lebhafteste geltend. Hermann Müller, der das politische Referat hielt, polemisierte gegen Streiks und Streikende und lehnte sich für die Freiwilligenverbände ein. Obwohl ihn der „Vorwärts“-Redakteur Erwin Barth nach Kräften unterstützte, wurde trotz mehrfacher Abstimmung ein Antrag angenommen, der dem „Vorwärts“ unterlag. Insetate für die Freiwilligenverbände aufzunehmen. Daraus geht hervor, daß die Mehrheit auch dieser Versammlung durchaus gegen die Freiwilligenverbände gerichtet ist und Koslos Volkstrotz ausstellte, wurde, da Stamper und Barth ihre ganze Redebühne ausgeboten, gegen eine sehr erhebliche Minderheit abgelehnt. Aber niemand von den anderen Rednern ist für die Haltung des „Vorwärts“ eingetreten. Und wenn die jetzige Redaktion das Blatt noch weiter leiten darf, so wohl auch deshalb, weil ein Teil der Mehrheit der Versammlung glaubt, daß die Wandlungsfähigkeit der jetzigen Herren ihnen schließlich auch gestatten werde, eine andere Haltung als die jetzige einzunehmen.

Ein unerhörter Gewaltakt.

Privattelegramm der „Freiheit“.

Magdeburg, 7. April.

In Verbindung mit der Magdeburger „Verschwörung“ wurde unser Genosse Brandes von einem Marineoffizier und zwei Mann verhaftet und nach auswärts verschleppt. Sein Aufenthalt ist unbekannt.

So reißt sich ein Gewaltakt der Koskogarden an den anderen.

Wegen der Verhaftung von Brandes hatte der Volkstrotz heute vormittag ein Telefonatgespräch mit Koske. Koske erklärte dabei:

„Brandes ist auf meine Veranlassung verhaftet worden, weil unter seiner Leitung eine Sitzung von Soldatenratern stattgefunden hat für Magdeburg und Umgebung.“

In dieser Soldatenratsitzung sind Besprechungen gepflogen worden über bewaffneten Widerstand gegen die Reichsregierung. Daß Brandes verhaftet ist, ist sehr gut, und wenn die Magdeburger Arbeiter aus diesem Grunde in den Streik treten wollen, dann können die Magdeburger Arbeiter lange Kreise! Brandes wird wohlfeil gegen diese Verhältnisse der Prozeß gemacht werden und daran wird der Streik der Magdeburger Arbeiter nicht ändern.“

Wir brauchen zu dieser Erklärung kein Wort hinzuzufügen. Den Geist, der aus ihr spricht, kennt die Arbeitererschaft. Abzu beseitigen, ist die dringendste Aufgabe.

Eingreifen der Freiwilligen Truppen gegen die Streikposten der Angeestellten im Siemens-Konzern.

Von der Streikleitung der Angeestellten erhalten wir folgende Mitteilung:

„In Siemensstadt erschienen heute morgen größere Truppeneinheiten der Freiwilligen Truppen, die zum Teil in der Schule, zum Teil im Siemensgebäude selbst untergebracht wurden. Die Streikposten wurden seitens des scheinenden Offiziers aufgefordert, auseinander zu gehen, widrigenfalls Verstärkung an Truppen herangezogen werden würde und mit einer Räumung des Platzes zu rechnen wäre. Die Truppen führten u. a. Minenwerfer bei sich.“

Die Central-Streikleitung der Siemensangestellten ist daraufhin mit dem Hauptmann in Verhandlungen eingetreten, deren Ergebnis noch aussteht.

Es erscheint auf alle Fälle dringend geboten, daß die Reichsregierung bzw. der Gouverneur von Berlin unverzüglich eingreifen, um das Konstitutionsrecht der Industrie-Angestellten und damit auch die Freiheit der Streikposten gegenüber der Freiwilligen-Truppen zu sichern.“

So ist also wahr geworden, was wir immer gesagt haben: die Freiwilligenverbände sind die Schutztruppe des Kapitals im Kampf gegen die Arbeiter und die Angeestellten! Nicht gegen Räuber und Blinderer allein kämpfen sie, son-

dern sie sind auch Mittel der Unternehmer, die wirtschaftlichen Ansprüche von Arbeitern und Anestellten zu unterdrücken. Und für diese Aufgabe werden sie von den Rechtssozialisten unterstützt.

Gewerkschaftsvorstände und Arbeiterräte.

Die Konferenz der Vertreter der Gewerkschaftsvorstände die Anfang April in Berlin tagte, befaßte sich auch mit der Arbeiterräte. Einmütig wissen die Gewerkschaftsvorstände selbst noch nicht, wie sie sich stellen sollen, wie die Debatte zeigte. Legien bezeichnete die von der Regierung angeordnete Lösung als eine Enttäuschung der Arbeiter. Von den Räten politische Aufgaben erwarten und als nachteilig für das Wirken der Gewerkschaften und der Arbeitsgemeinschaften. Da auch in der Generalkommission in dieser Frage eine einheitliche Auffassung nicht besteht, so gab der Arbeiterräte eine Kommission zu wählen, die der Reichsregierung gegenüber den Standpunkt der Gewerkschaften zum Ausdruck zu bringen habe. Im Verlauf der Debatte, in der sowohl Redner für als auch gegen das Räteystem zum Wort kamen, machte Griebel den Vorschlag, eine Studienkommission einzusetzen, die die organisatorischen Wirkungen des Räteystems prüfen und geeignete Vorschläge machen sollte. Leipzig war der Meinung, daß die Lösung dieser Frage ohnehin zu den Aufgaben der von der vorigen Vorländerkonferenz eingesetzten Verfassungskommission gehöre.

Die Konferenz kam zu dem Ergebnis, der Verfassungskommission die Vorbereitung der Rätefrage zu übertragen, für die nächste Vorländerkonferenz geeignete Vorschläge machen soll.

Forderungen der preußischen Lehrer.

Wir erhalten folgende Zuschrift: Trotzlos ist die finanzielle Lage der aus dem Preussischen Lehrerbienstande und wieder im Volksschuldienst beschäftigten Lehrer. Mit täglich 4,75 M. soll der unterbezahlte, mit 5,20 M. der überbezahlte Lehrer auskommen. Wo bleiben die Maßnahmen der Regierung? Zweihunderttausend preussische Lehrer erwarten von der Regierung nun schon monatelang die Abstellung dieses Minderstandes. Aber es bleibt alles beim Alten. Warum wird die Verfügung vom Oktober 1918 nicht zur Wirkung gebracht? Ist das der Geist der neuen Zeit? Die preussische Junglehrerschaft hat sich zu einem entscheidenden Schritt entschlossen. In einer am 10. April stattgefundenen Versammlung in Kassel, Holländische Straße 30 (Vrauskühl) wird sie zu ihrer finanziellen Notlage Stellung nehmen und die Forderungen an die Regierung zwecks Ueberschne an den Finanzminister formulieren. Alle Junglehrer sind gebeten, an diesem Tage in ihren Bezugsvereinen Versammlungen einzuberufen und dort Zustimmungserklärungen ihre Solidarität mit den befallenen Junglehrern kundzugeben. Wo schon solche Vereine ins Leben gerufen sind, wird gebeten, sich durch Entsendung von Vertretern an unserer Versammlung zu beteiligen. Die Forderungen lauten sich auf:

1. Zweite Prüfung, 2. feste Anstellung mit rückwirkender Kraft vom 11. Januar 1919, 3. Teuerungszulagen für die vergangenen Monate, 4. Bildung von Lehrerräten, 5. Befreiung der Wittelinstanten von Lehrern, 6. Gründung eines Vereinsorgans, 7. Heranziehung der Vereine zu Vereinszwecken.

Der Preussische Junglehrer-Verein

Offiziere und Unteroffiziere.

Uns wird aus Unteroffizierkreisen geschrieben: Laut kriegsministerieller Verfügung vom 22. 3. 19 erhalten Offiziere, denen bisher an Stelle fehlender Dienstwohnungen eine Mietentschädigung von 15 000 Mark gewährt worden ist, nach Maßgabe des Etats vom 1. 4. 1919 an eine Mietentschädigung von 8000 Mark, die beim Nachweis besonderer Aufwendungen bis auf 15 000 Mark erhöht werden kann. Ähliche Unteroffiziere dagegen, die wegen Mangels an Dienstwohnungen außerhalb des Kasernensystems wohnen müssen, werden mit einem Wohnungsgeld von 210 M. jährlich abgefunden.

Wie soll in der gegenwärtigen Zeit ein lediger oder verheirateter Unteroffizier für die geringe Mietentschädigung eine gesunde Wohnung mieten können? Dafür bekommt man kaum in einem Hinterhaus eine Dachstube.

Warum zahlt man den in Frage kommenden Offizieren eine so hohe Summe? Warum macht man einen so großen Unterschied zwischen Offizier und Unteroffizier?

Abhilfe ist dringend geboten.

Es dämmer.

Von einem aktiven Unteroffizier wird uns geschrieben: Es ist mir nicht recht erklärlich, warum die kommunalistischen und unabhängigen Parteien zum Teil so verblissen auf die aktiven Unteroffiziere sind. Als alter, aktiver Unteroffizier und Kenner der Unteroffiziere bis in die entferntesten Gauen Deutschlands liegt mir am Herzen, eineklärung dieser Angelegenheit herbeizuführen. Alle militärischen Vorschriften sprechen nur von einem Offizier und Mann. Der Unteroffizier gehört zur Mannschafklasse. Er ist im wahren Sinne des Wortes der größte Privilegierte der Wehr, der nur auf sein täglich Brot angewiesen ist (15 M. monatliches Wohnungsgeld, bzw. 130 bis 180 M. monatliche Abfindung mit allen Gehaltsanteilen).

Die zum Teil harte Behandlung des Mannes durch den Unteroffizier fand ihren Ursprung in dem Baron und Offizier. Der Unteroffizier wurde vom Offizier solange geküßt, bis er auf einem schlecht bezahlten Mann einen dienstunwürdigen Krüppel oder einen Paradevogel machte. Nun kam die errungene Freiheit, die bald in Fäulnis überging. Der Unteroffizier, ohne jegliche Rückendeckung, arm wie eine Kirchenmaus, sah seine Existenz bedroht. Aus diesem Grunde und aus Liebe aber viel verzehrenden Mehrheitspartei trat er aktiv hervor und setzte sein Leben ein für die Befreiung der Regierung.

Da kam die große Enttäuschung. Viel wurde ihm versprochen, nichts wurde gehalten. Ein neuer Erlass sagt, daß der Mann Offizier werden kann, — das heißt, wenn es die bisherigen Offiziere wollen und ihn hierzu vorschlagen. Es fällt ihnen aber im Traume nicht ein, sich schuldig zu machen in ihr Geißel zu nehmen. Erzeugt Koske ist von einem großen Schwarm Generalsabbezügler umgeben, die nach meiner Ansicht allem beschließen, wobei Koske als Sprachrohr dient. Warum der Erlass nicht gelautet: „Die Hälfte oder ein Drittel“

des Offiziers stellen sich sofort von Unteroffiziers und Mannschaften zu befehlen? Gibt es nicht genügend dieser Proletarier, die im Kriege hervorragende Führerstellen ausfüllen? Alle anderen Offiziere hätten sofort entlassen werden müssen.

Ergebnis hatte vor etwa fünf Wochen in der Nationalversammlung ein folgendes gesagt: „Ich kenne die Rolle der Unteroffiziere, ich bin nicht gewohnt, solche Sachen auf die lange Bank zu stellen.“ Was aber ist bis heute geschehen? Nichts! Alle Wünsche, die nicht von Offizieren oder gleichgestellten Elementen kommen, fallen unter den Tisch. Man muß daher annehmen, daß Sr. Erz. entweder wissentlich gelogen hat oder er giebt eine Besserstellung mit Absicht in die Länge, um die Unteroffiziere zum Eintritt in die Freiwilligenbataillone zu zwingen, da es den Offizieren an Erfahrungen und Kenntnissen zur Ausbildung, Zusammenhalt der Truppe, Nachrichtenendienst usw. mangelt. Andernfalls besteht die Annahme, daß Vater Koffe seiner Umgebung machtlos gegenübersteht und sein Eintreten für den Proletarier-Unteroffizier an dem Vorort, Offizier und Generalkommando mangelt. Daher ist folgende Bemerkung der Zeitung der Gewerkschaft über Unteroffiziere im Schreiben vom 27. März recht zureichend:

„Wir erkennen die Gründe der Opposition der U. S. P. immer mehr als zureichend an. Die sozialistische Regierung schaut sich auf ihrem jetzigen Wege ihr eigenes Grab.“

Wie mir aus Kameradenkreisen bekannt ist, stehen die Unteroffiziere aus Hunger hinter der jetzigen Regierung, ohne genügend aufzuklären zu sein, daß in Rußland, Braunschweig und Ungarn das Brot auch zwei Krusten hat. Die Rolle der Unteroffiziere zum Glück dem Vergewaltigen nahe gebracht und sie schenken sich nach dem Augenblick, der ihnen eine neue, wahre sozialistische Regierung ins Leben ruft.

Wäre daher die U. S. P. bei diesen Proletariern die Führung suchen, dann trifft sie den Kern des Stammes. Der Zeitpunkt reif, an dem in allen Gauen, bis nach Kurland hinein, der Ruf erschallen wird:

„Kameraden! Köpfe hoch, wir sind betrogen und betrogen; die Augen links; — der vorletzte Mann mit dem „U.“ auf der Schulterklappe wird angesehen; — — rückt Euch!“

Die jetzige Regierung sowohl als auch die Nationalversammlung würden nach meiner Ansicht besser tun, aus Land hinaus zu gehen und die Felder zu bebauen. Sie würden der ganzen Masse gute Dienste leisten. Ich glaube, daß in Weimar nur Feederstroh gedroschen wird.

Der Terror der Verleumdung.

Wir werden um Aufnahme folgender Erwiderung ersucht: Das „Berliner Tageblatt“ antwortet in seiner alten Weise auf meine Angriffe mit dem Terror der Verleumdung. Es wird auf diese Weise nicht erreicht, daß ich den Kampf gegen seine Ruppel zwischen Militarismus und Demokratie, in Wort und Schrift, aufgeben werde, wenn es auch für einen Augenblick die Unterhaltung verschafft. Die habe ich allerdings keinen Augenblick zu scheuen und so gehe ich ihr, im Gegensatz zum „Tageblatt“, das nichts wird, wenn man von seinem Chauvinismus spricht, auch nach dem zweiten Angriff nicht aus dem Wege. Das „B. T.“ rühmt sich sehr, ich hätte „zugegeben“, im Kriegspressquartier gewesen zu sein. Als ob ich das je geleugnet hätte und als ob es da überhaupt etwas zu leugnen gäbe! Ich kam hin als Soldat, ungeliebt und ungeliebt, und da ich immer waffenunfähiger Handlanger war hatte ich es nie nötig, irgendwelche „Dienste“ anzubieten. Meine Berichte über die Propaganda aller kriegsführenden Länder haben weder mit Kriegsgeheimen noch mit Patriottismus, noch mit Bespitzelung der Presse das geringste zu tun, wie ich überhaupt nie Zeitungen zu irgendeiner Kontrolle oder sonst was in die Hand bekam. Diese Berichte waren reine Dienststücke. Meldungen an höhere Stellen über die propagandistische Tätigkeit des Kriegspressquartiers und aller anderen Staaten und völlig unpersonlich. Sie haben allerdings, wie das „B. T.“ lachend „ausgezeichnet gefallen“ und sie gefallen auch mir infolge der übersichtlichen Zusammenfassung so, daß ich sie gern drucken lassen würde. Zu schämen oder zu verbergen gibt's da gar nichts! Nie habe ich etwas anderes als diese Berichte und Kangleien geschrieben, nie ein Wort zur Verächtlichmachung geschrieben, nicht einmal für die verschiedenen Zeitschriften, die das Kriegspressquartier herausgab, die kleinste Notiz. Nie wurde ich für „alt-überreichliches patriotisches Wirken“ oder Konarthritis oder sonst einen Dreck belobt.

Wie belobt zu werden, war wenig Gelegenheit da. Aber wie steht es eigentlich mit dem „B. T.“ und seinen Redakteuren und Mitarbeitern. Darf das „B. T.“ vom Kriegspressquartier sprechen ohne rot zu werden? Wenn ich nicht irre, hat Herr Wolff nicht nur eine linke Hand, die Demokratie treibt (besser vertreibt), sondern auch eine rechte namens Leo Wolf, den die Kenner des Moskauer als den eigentlichen Leiter des „B. T.“ bezeichnen. Was der Mann und seine Zeitung für den österreichischen Militarismus geleistet haben, weiß ich nicht, aber vielleicht erzählt er selbst der Redaktion, wie ihn das Kriegspressquartier als Konfidenten (zu deutsch: Spion) bezeichnet und wofür er, auf militärischen Vorschlag hin, den Franz-Josefsorden bekommen hat. Helig Stöfzinger.

Ueber diese Haltung des „B. T.“ schreibt die „Welt am Montag“ unter der Ueberschrift: „Uebie journalistische Sitten“:

In der von drei sozialistischen Organisationen einberufenen Versammlung im Herrenhaus hatte in der Diskussion der Unabhängige Helig Stöfzinger gesprochen um eine sehr scharfe, aber durchaus sachliche Kritik an der Haltung des „Berliner Tageblattes“ nach der Revolution geübt. Das „B. T.“ veranlaßt sich mit gegläubten persönlichen Anspielungen Stöfzingers. Dabei wird allerlei „Material“ aus der unersichtlichen — Tätigkeit Stöfzingers für das I. u. I. Kriegspressquartier produziert. Ueber die Zuverlässigkeit dieses Materials könnte nur ein unparteiischer Gerichtshof entscheiden. Herr Stöfzinger hat und eine ganze Anzahl der von ihm für das I. u. I. Kriegspressquartier angefertigten Berichte vorgelegt. Sie wachen den Eindruck einer durchaus objektiven Information. Der aufmerksamste Leser findet darin sogar Proben des nicht gerade militärischen Geistes des Verfassers. Doch das nebensächlich. Das „B. T.“ mußte zu berichten, in der Versammlung im Herrenhaus hätten Professor Schäding, v. Tepper-Bastl, Kili Jannasch und Dr. G. Eißler referiert. Tatsächlich war Schäding nicht in der Versammlung und Herr Tepper-Bastl hat kein Wort gesprochen. Dagegen hatte Herr v. Gersch das Hauptreferat. So läge nahe, von dieser Zuverlässigkeit seiner Informationen überhaupt zu schweigen.

Gewerkschaftliches.

Um das Mitbestimmungsrecht.

S. A. Ohne Vorbereitung, aber erzählt von dem Vertreter auf die eigene Kraft, sind Tausende von Angehörigen der Berliner Metallindustrie in den Austausch getreten, nachdem ihnen der Zehnjährige Vertrag vom Verband der Berliner Metallindustriellen hingeworfen worden war. Viele, viele der bisher indifferenten Kollegen und Kolleginnen, die bisher immer an dem resignierten „Es nützt ja doch nichts“ festgehalten haben, empfanden bei dieser ersten großen Arbeitserregung zum erstenmal, welche unüberwindliche Macht die Angestellten in der solidarischen Vereinigung haben können, wenn sie nur erst wollen. Jetzt erst haben die Angestellten reiflos erkennen können, daß sie mit der Träger der Produktion sind und daß alles in der Industrie investierte Kapital lohnlos bleiben muß, wenn es nicht durch ihre tägliche Arbeit in Werte umgewandelt wird.

Trotz ihrer wirtschaftlichen Notlage befinden sich die Streikenden in einer gehobenen Stimmung. Solange der demütigende Handlungsplan immer nur von der Gnade und der Großmütigkeit des Herrn abhängig war, blieb sein ganzes Arbeitsleben eine ewige Trübsal ohne Freude und ohne Sonne. Erst das eigene Kraftbewußtsein, das jetzt von den kämpfenden Angestellten empfunden wird, gibt ihnen das Selbstvertrauen, daß sie, ohne auf Geschenke zu warten, in der Lage sind, mit eigener Hand ihr Schicksal neu zu gestalten zu können.

Es ist kein einfacher Lohnkampf, der sich hier abspielt, sondern ein Befreiungskampf in dem Wortes wahrster Bedeutung, der von unseren Ingenieuren, Werkmeistern und kaufmännischen Angestellten geführt wird und endlich offen ausgefochten wird. Der Geist, der in den Versammlungen der Delegierten und der Streikenden herrscht, ist die beste Gewähr für einen erfolgreichen Ausgang des Kampfes. Was will es gegenüber dieser natürlichen Hochstimmung besagen, wenn einige Unternehmer glauben, einzelne künstliche Exzesse als Streikbrecher aufzubringen zu können. Und wenn darüber hinaus die sog. Vereinigung von Angestellten in Handel und Industrie sich sogar als Organisation für diesen unglücklichen Zweck bereitgestellt hat, so werden die Streikenden darüber hinwegkommen wissen. Solche Phänomene waren noch auf allen Schlachtfeldern zu finden.

Die Metallindustriellen haben offenbar den hier geschilderten Geist der streikenden Angestellten bisher völlig verkannt und wollen es deshalb nicht verstehen, daß diese mit solcher Zähigkeit an ihrer besten Forderung nach dem Mitbestimmungsrecht hängen. In der Lohnfrage ist eine Verständigung möglich, dagegen fehlt hinsichtlich des Mitbestimmungsrechtes noch jeder Ansatz für einen befriedigenden Ausgleich.

Es geht aber nicht länger, daß der Angestellte aus sich selbst die gewählte Vertretung der Angestellten gegenüber der Firma nicht zu sagen hat. Wenn in den Streikforderungen ganz besonders verlangt wird, daß bei Änderungen „eine vorherige Zustimmung“ erforderlich ist, so wird hier der Kern des Mitbestimmungsrechtes getroffen. Der Angestelltenausschuss soll nicht „gehört“ werden, sondern mitentscheiden. Was nützen alle Deklamationen von der Demokratie in unserem neuen Volksstaat, wenn und innerhalb des Betriebes eine vollwertige parlamentarische Vertretung verfehlt bleibt. Der Ruf nach dieser Einflußnahme auf die Bekämpfung der eigenen Arbeitsverhältnisse ist heute bei den Kopf- und Handarbeitern so gewaltig, daß er von den Unternehmern und vor allem von der Regierung beachtet werden muß. Die Zeit, die Angestellten mit verkauften Formulierungen um dieses Recht bringen zu wollen, sind vorbei und die streikenden Angestellten Groß-Berlins sind bereit, im Kampf um dieses Ideal auszuharren. Sie finden dabei die begehrteste Unterstützung ihrer gewerkschaftlichen Verbände im Gegensatz zu manchen „Arbeiterführern“, die das Mitbestimmungsrecht nicht als das eigentliche Endziel des gewerkschaftlichen Klassenkampfes erkennen wollen.

Die Regierung sollte endlich — man möchte sagen in letzter Stunde — erkennen, daß der Weg zu geordneten Verhältnissen nur über das Mitbestimmungsrecht in den Betrieben führt. Für die Angestellten und Arbeiter im Bergbau hat das Reichsarbeitsamt nach harten Kämpfen Wege gefunden, die den Ansatz für ein Mitbestimmungsrecht bilden. Auch es denn nun in allen außer dem Bergbau bestehenden Industrien immer wieder zu Arbeitskämpfen kommen, ehe man auch hier dem Betriebsabsolutismus Schranken setzt? Die verantwortlichen Stellen fällt in sich bezwungen sein, daß der Kampf um das Mitbestimmungsrecht nicht nur eine lokale Berliner Angelegenheit ist, sondern daß die Angestellten in ganz Deutschland kämpfend nach der Erfüllung dieser Forderung drängen. Die Angestellten Groß-Berlins dürfen sich mit Genugtuung zu den Pionieren im Kampf um dieses Menschenrecht zählen. Dieses Bewußtsein verleiht ihnen Kraft und Ausdauer.

Der Streik in Siemensstadt.

Vom Zentralstreikausschuss wird mitgeteilt: Im Siemenskonzern streikten zur Zeit rund 8000 Angestellte, also die überwältigende Mehrheit aller Belegschaften. Die Organisation des Streiks, der für die Siemens-Angestellten ein Reiz war, funktioniert bisher sehr gut. Entgegen den Nachrichten verschiedener Blätter muß hier festgestellt werden, daß die Streikposten ruhig und sachlich ihren Dienst versehen. An Zusammenstößen, die vor allem beim Verwaltungsgebäude zu beobachten waren, sind die Provokationen gewisser Herren der Direktion schuld, und zwar der Herren, die alles die Verhandlungen erschweren und letzten Endes durch ihren unheilvollen Einfluß den Ausdruck des Streikes mit herbeiführen. Fast reiflos durchgeführt ist der Streik im Kabelwerk, Metallwerk, Dynamowerk, Eisenwerk, Bernerwerk, Blockwerk, Kleinbauwerk, Charlottenburger Werk, Autowerk, Blüthnerwerk, Siemenshaus und im Verwaltungsgebäude. Letzteres ist die Hochburg der Reaktionsäre, die vor allem auch Mitglieder der Vereinigung der Angestellten in Handel und Industrie sind. Doch das Verhalten der Streikposten bisher einwandfrei war, bereits am besten die Tatsache, daß die ausgeübten Schutzmannschaften (zu Fuß und zu Pferd) noch nicht eingegriffen brauchen. Das Verhalten der Arbeiter gegenüber den Angestellten ist musterhaft. Die Arbeiter sind in den Werken, weigern sich aber, unter Streikbrechern zu arbeiten. Der Bund zwischen Arbeitern und Angestellten scheint sich geschlossen zu sein und dürfte auch in Zukunft im Siemenskonzern eine Macht bedeuten, mit der die Unternehmer leicht zu rechnen haben werden. Diese wollten die Herabsetzung des Gehaltens haben sie erreicht. Nur reichten Zeit wurde von Angestellten und Arbeitern die Gefahr erkannt, frühere keine Gegenstände können ausgedrückt und die Einheitsfront hergestellt. So ist jetzt im Streife der Arbeitnehmer die Stimmung ausgeglichen, um so mehr, als die Nachrichten aus der Zentrale bisher nur günstiges zu berichten wußten.

Von den Vertretern der Angestellten wurde einstimmig folgende Entschließung gefaßt und der Zentrale in Berlin übermittelte: „Wir danken sehr an den Streikforderungen, insbesondere am Mitbestimmungsrecht des Angestelltenausschusses. Wir werden nach wie vor als den wichtigsten Bestandteil der Forderungen an, daß das Zustimmungsdrecht des Angestelltenausschusses bei allen Entlassungen, Entlassungen, Kündigungen, also bei allen Fragen des Lohn- und Arbeitsverhältnisses, unbedingt bei diesem Streik erreicht werden muß.“

Der freie Angestellten-Verband schließt sich den Forderungen der Angestellten in der Metallindustrie in allen ihren Teilen an, wie er überhaupt den Standpunkt der Streikleitung voll und ganz vertritt. Der Verband hat seine Mitglieder in der Metallindustrie angewiesen, sich reiflos an die Resolutionen der Streikleitung zu halten. Freier Angestellten-Verband.

Streik der Rohrleger und Selter.

Ueber die Versammlung der Rohrleger und Selter, die am Sonntag den Streik beschloß, geht uns nach folgender Bericht zu: Da über den neu abzuschließenden Tarifvertrag im Berliner Rohrlegergewerbe bis dahin eine Einigung mit dem Arbeitgeberverband nicht zu erzielen war, ist von den Parteien das Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts angerufen worden, über dessen Verhandlungen in einer überfüllten Versammlung im Wintergarten der Schlichterbräuererei, Hosenbeide, geseien die Kollegen Biese und Mathison Bericht erstatteten. Die Unternehmern stellen sich allen Forderungen der Arbeitnehmern absehend gegenüber. Gegenüber der Forderung eines Stundenlohnes für Rohrleger (Monteurs) von 3 M., erklärten die Arbeitgeber, über 240 M. nicht hinausgeben zu können. Ein Vermittlungsvorschlag des Magistratsrats v. Schulz, einen Grundlohn festzusetzen von 2,30 M. mit 20 Prozent Teuerungszulage, was einem Stundenlohn von 2,76 M. entsprechen würde, scheiterte an der Hartnäckigkeit namentlich des Unternehmersvertreter Dr. Wieland. Ein Entgegenkommen von Seiten der Arbeitnehmervertreter hat es also nicht gefehlt. Auch über die übrigen Forderungen, d. h. genereller Verlängerung der Arbeitszeit, Fahrgehalt- und Fahrzeitvergütung, Werkzeugausstattung, Bewilligung von Ferien, Neuregelung des Arbeitsnachweises u. a., ist keine Verständigung erreicht worden. In der Frage der Betriebsräte wollen sich die Unternehmer nur an die gesetzlichen Bestimmungen halten. Sie wissen, daß diese Regelung die Arbeiter nicht befriedigt. Aus all dem geht hervor, daß es die Arbeitgeber im Rohrlegergewerbe auf eine Kraftprobe ankommen lassen wollen. In der Diskussion, die sich einmündig für den Streik aussprach, trat Ingenieur Brand von der Firma Köting für eine einseitige Bilanz aller Hand- und Kopfarbeiter gegenüber dem Kapitalismus auf dem Boden des Nützlichkeits ein. Die technischen Angestellten würden sich mit den streikenden Rohrlegern solidarisch erklären.

Streik bei der Firma Köhler.

Bei der Firma Köhler werden zur Zeit noch Löhne gezahlt, welche unter den heutigen Umständen direkt als Hungerlöhne bezeichnet zu werden verdienen. So erhalten z. B. die Handwerker Wochenlöhne von 30—35 Mark inkl. einer sogenannten Demobilisationszulage von 10—25 Mark, welche indes auch erst seit Mitte Februar d. J. gezahlt wird. Seit ca. vier Monaten haben daher die Handwerker, Tischler, Schlosser, Klempner, Maler, Maurer, Rohrleger usw. in Verhandlungen mit der Direktion um eine zeitgemäße Regelung der Löhne herbeizuführen. Bei der Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuss wurde seitens der Werkenden erklärt, daß die von der Gesellschaft gezahlten Löhne als angemessene durchaus nicht bezeichnet werden können und dem Vertreter der Firma nahegelegt, sich den im Kollektivabkommen der Metallindustrie vereinbarten Löhnen anzupassen. Trotzdem erklärte bei den letzten Verhandlungen Herr Kommerzienrat Bohner, keine weiteren Angehörigkeiten machen zu können. Den Arbeitern und den Vertretern der Organisationen wurde bedeutet, daß auf der Grundlage eines Stundenlohnes von 2 Mark Verhandlungen vollständig ausgeschlossen wären. Daraus trat am 8. d. M. die gesamte Handwerker mit Ausnahme der Maschinen- und Seiler geschlossen in den Ausstand.

Groß-Berlin.

Städtischer Haushaltungsplan.

Der Magistrat beendete seine Beratungen über den Haushaltungsplan für 1910. Der neue Haushalt geht in Einnahme und Ausgabe mit rund 710 Millionen auf gegen 487 Millionen im Vorjahre. Als Zuschläge sollen erhoben werden 200 Prozent Staatseinkommensteuer (gegen 175 Prozent im Vorjahre), 200 Prozent Gewerbesteuer gegen 105 Prozent im Vorjahre), 205 Prozent (gegen 178 Prozent im Vorjahre) der staatlich veranlagten Grund- und Gebäudesteuer.

Einnahmen (nach Abzug der Ausgaben) werden erwartet: aus Steuern 219 490 850 M. (193 011 140 M. im Vorjahre), sonstige Einnahmen 18 782 270 M.

Die Erhebung der Gemeindefiskalsteuer vom Einkommen von nicht mehr als 900 M. unterbleibt.

Ausgaben (nach Abzug der Einnahmen) sind erforderlich: beim Unterhaltswesen und der Jugendpflege 44 112 020 M. (im Vorjahre 35 747 060 M.), beim Armenwesen 24 500 070 M. (18 800 280 M.), bei der Kranken- und Gesundheitspflege 16 897 860 M. (12 086 310 M.), sonstige Ausgaben 152 822 270 M.

Kommunalausschuss Groß-Berlin.

Der auf der Konferenz der U. S. P. am 27. März gewählte Ausschuss hat sich konstituiert.

Zur Vorbereitung der nächsten Konferenz werden die Vorstände der Wahlvereine ersucht, die Namen und Adressen der Registrationsmitglieder, Gemeindefiskalbeamten, Stadtvorordneten, Gemeindefiskalbeamten und Bürgerdeputierten Groß-Berlins schriftlich dem Genossen Weise, Schilderstraße 8, mitzuteilen.

J. A.: Dr. Kurt Rosenfeld.

Wieder ein Sieg.

Aus Veltzen wird und geschrieben: Am Donnerstag, den 3. April, zog ein Trupp Freiwilliger der Abteilung 3. Ober in den bei Veltzen gelegenen Ort Marwick ein, obwohl der Arbeiterrat von Veltzen sich energisch geweigert hatte, die Truppen ins Dorf aufzunehmen.

Bei der Besprechung mit dem ersten Offizier wegen der Einquartierung in Veltzen, wurde dem Arbeiterrat mitgeteilt, daß die Truppen lediglich zum Schutze der Landwirtschaf nach hier kommandiert worden seien. In der sofort eintretenden Arbeiterversammlung wurde die Aufnahme der Truppen abgewiesen. Nachmittags 4 Uhr erfolgte eine Abklärung, welche sich nach ihrer Abweilung in Marwick einquartiert hatte, auf dem hiesigen Bahnhof und besetzte sämtliche Ein- und Ausgänge.

Gleichzeitig wurde an mehrere Stellen folgendes mit Blau-Druck geschrieben: „Platz angeheftet!“

W e l t z e n !

Das hier kommandierte Kommando der Abteilung 3. Ober ist keinesfalls als Besetzung des Bahnhofs anzusehen, sondern

bern hat lediglich die Aufgabe, die Reittenden auf unberechtigtes Mitführen von Waffen zu untersuchen und die Legitimationspapiere nachzuprüfen.

Wartow, den 8. April 1914.

v. Oden, Major u. Batl.-Kommandeur.

Wie die Unternehmung der Reittenden gemeint war, mußte unser Genosse Emil Olm am Sonnabend abend erfahren, als er sich um 7 Uhr zu einer Sitzung begeben hatte. 14 Uhr zog ein Trupp von 20 Mann unter Führung eines Offiziers und einiger Unteroffiziere mit Gefolge vor die Wohnung des Genossen Olm. Nachdem sämtliche Zugänge besetzt waren, wurden die beiden Schuppen des Genossen gründlich durchsucht, da man ein größeres Waffenlager vermutete, und da man nicht fand, wurde noch eine Nachbarsfamilie belästigt. Man vermutete wahrscheinlich, daß unser Genosse die Waffenlieferung beim Stubennachbar eingerichtet hatte.

Nachdem man auch da nichts gefunden hatte, zog der Trupp nach dem glücklichen Siege unter Gefang des Liedes „Heil dir im Siegerkranz“ wieder ab.

Nach mehreren solcher Heldentaten dieser weißen Garde und auch dem letzten Arbeiter werden die Augen aufgehen, zu welchem Schutz diese Garde in den Vororten untergebracht sind. Die Arbeiter werden erkennen, daß sie sich der U. S. V. anzuschließen und den Kampf gegen die Reaktion und ihre Schänderer energisch zu führen haben. Männer und Frauen schließt euch der U. S. V. an.

Am Samstag Sonntag vormittag zogen die Truppen wieder nach Charlottenburg.

Wetterwirtschaft bei der Post.

Auf dem Postamt 17 am Schiefischen Bahnhofs arbeiten zur Zeit noch über 1000 Frauen und Mädchen, darunter ist ein großer Teil Frauen, deren Männer schon lange in fester Arbeit stehen und viel Geld verdienen; dagegen sind diese Frauen verlassen worden, deren Männer aus dem Felde kamen, trotzdem die Männer noch keine Arbeit hatten. Von den jungen Mädchen sind ein großer Teil besserer Beamten Töchter. Dieselben sind natürlich in bevorzugte Dienststellen untergebracht, teilweise zur Unterhaltung der dortigen Beamten. Es sind auch unter den Postweibern eine große Zahl Männer darunter, welche gutgehende Geschäfte haben, wie Milch-, Seifen-, Kolonialwaren usw. Welche werden derartige Leute schon jahrelang im Postbetrieb beschäftigt? Kommen ehemalige Soldaten am Beschäftigung anfragen, werden sie abgewiesen. Mit den Frauen hat es eine besondere Verwandtschaft. Es befindet sich auf dem Postamt eine Personalkasse, die von einem Oberkassierer geleitet wird. Frauen, welche allerhand Lebensmittel liefern, werden teilweise beschäftigt. Da kümmert sich kein Postdirektor oder Arbeiter um diese Zustände. Es sind sogar in der letzten Zeit auswärts eine größere Anzahl Frauen wieder vorübergehend eingestellt worden. Welche? Gibt es nicht genug arbeitslose Männer?

Ein Streik der Rohschlächtermeister.

In einer Generalversammlung des sog. Schutzverbandes der Rohschlächter und verwandter Gewerbe Deutschlands wurde beschlossen, daß am 8. April alle Rohschlächtereien, Wurstfabriken, Schlachthäuser in Groß-Berlin einschließlich der Ortsgruppen im Reich ihre Betriebe schließen, ebenso sollen die Pferdehändler den Handel mit Schlachttieren so lange einstellen, bis der freie Handel im Rohschlächter-Gewerbe gesichert ist. Der Rohschlächterstreik soll zugleich ein Protest gegen die Kommunalisierung des Lebensmittelhandels und der Lebensmittelproduktion sein. Die Rohschlächter wollen sich nicht proletarisieren lassen, sie wollen — wie sie in einem Flugblatt erklären — „freie Männer bleiben und keine Sklaven in einem Herrschaft werden“. Der Schutzverband der Rohschlächter soll mit dem Reichs- und dem Reichswirtschaftsamt verhandeln zwecks Abbau bzw. Abänderung der Höchstpreise und in letzter Linie zwecks Aufhebung der Kriegszwangswirtschaft überhaupt.

Die Freiheit, welche die Rohschlächtermeister verlangen, ist also in letzter Linie die Freiheit der Ausbeutung des Publikums. Die Art, wie sie ihre Sache vertreten und zum Siege führen wollen, wird aber nur dazu beitragen, die Kommunalisierung des Lebensmittelhandels zu beschleunigen, nicht sie zu verhindern. Wenn in irgendeinem Gewerbe unberechtigte Kriegsgewinne gemacht worden sind, so ist es in den Rohschlächtereien und der Herstellung von Rohwurst geschehen.

Wer schafft Ordnung? Vom Depot 1 der U. S. V. wird uns mitgeteilt: Die Zustände in der Weinmeister- und Schönhauser Straße sind dem Berliner Publikum zur Genüge bekannt und haben schon so manchen Anlauf hervorgerufen. Die hochgepöbelten Hoffnungen, die man auf das Eingreifen der Freiwilligenverbände in diesen Straßen setzte, haben zu einer großen Enttäuschung für die Protektoren dieser Truppe geführt. Seit einigen Tagen zeigen sich Buswägen unter diesen Ordnungselben, die fast unglücklich sind. Zu zweien oder auch einzeln gehen diese Wägen, mit Pistolen oder Handgranaten ausgerüstet, in den Straßen patrouillieren. Ein verständnisvoller Blick, oder, wenn dieser nicht gleich vorhanden wird, auch ein sanftes Tippen auf die Schulter des Buswagens der Gluckspieler veranlaßt leichten sofort, je nach dem Wange der Geschäfte den Regierungssoldaten einen 2- oder 3-Mark-Schein in die gedrückte Hand gleiten zu lassen. Diesem Jubelsturm geht nun die Mannschaft des 1. Depots der Republikanischen Soldatenwehr energisch zu Leibe. Sie hat am Freitag etwa zwölf Verhaftungen von Mannschaften und Unteroffizieren der Freiwilligen-Regimenter vorgenommen. Der vielgeschmähten U. S. V. gebührt hierfür alle Anerkennung.

Wittensau-Vorwarnung. In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung hatten unsere Genossen einen Dringlichkeitsantrag gestellt, nach welchem die Ausschuss- und Befehlungsordnung dahin geändert werden soll, daß hinfürthierbei die Gemeindevertretung mitzubestimmen hätte. Der Bürgermeister verwies demgegenüber auf die noch zu Recht bestehende Bestimmung der Landgemeinde-Ordnung, wonach hierin nur der Gemeindevor-

steher verfahren könne; mithin sei dieser Antrag zu beanstanden. Weiter war beantragt die Bestellung eines neuen Ausschusses; dieser angenommen. Antrag soll zur Genehmigung eingereicht werden. Auch war die Besetzung eines neuen Ausschusses angedacht worden, um dadurch eine bessere und schnellere Bearbeitung der Gemeindegewerbearbeiten zu ermöglichen, wie überhaupt in Zukunft wohl den Ausschüssen Delegation der Verwaltung zugewiesen sein werden, da sich die Geschäfte und Kommissionsarbeiten ständig heftiger. Der Haushaltsplan für 1914 rief eine umfangreiche Debatte hervor. Aus den Verhandlungen sei herausgesprochen, daß unsere Genossen sich grundsätzlich gegen die vielfach vergebene Anstellung der Beamten auf Lebenszeit wandten. Von den Beamteten seien erwünscht: Freistellung der Beamteten. Die hiergegen von bürgerlicher Seite angeführte allgemeine „Wohlfahrtheit“ der Arbeiter erregte einseitige Heftigkeit und Proteste. Der beantragte Streichung einiger Polizeibeamteten wurde mit dem Hinweis auf die drückende Unfreiheit leugnet. Beachtung verdient weiter eine interessante Gegenüberstellung der niederen Befoldung der Lehrpersonen gegenüber der wesentlich höheren einer Anzahl Beamten. Wie der Vorkommnisse in Aussicht stellt, wird hier die Gemeinde eine wirtschaftliche Aufbesserung gewähren, bis die Lehrgehälter den Staat neu geregelt sind. Nun ist die dritte Schulratsstelle, die Anstellung einer Schulfachlehrer, weiter die Prüfung von einigen Gemeindevorsteher im Interesse besserer Wohlfahrtspflege. Für freie Lebensmittel sind zunächst 15 000 M. vorgesehen. Der Gaspreis soll abermals erhöht werden, und zwar auf 44 Pf. vom 1. April ab. Für die neue Mittelschule sind 8000 M. eingestellt; Ausgaben für Wasser und Abfall sind gestiegen. An Steuern werden erhoben 200 Prozent Zuschlag zur Staatseinkommensteuer (mehr gegen 1913: 250 800 Mark erwartet), Gewerbesteuer 300 Prozent (mehr 270 000 M.), Grundwertsteuer 2,5 resp. 3 pro Mille. Unsere Genossen hatten schließlich noch einen Antrag gestellt, zur würdigen Ausgestaltung der diesjährigen Kaiserfeier aus Gemeindegeldmitteln einen Fortschuß von 3000 M. zu gewähren, den Schulen, Beamten und Arbeitern den Tag freizugeben und einen Festausflug zu bilden. Bürgermeister Witte erklärte den ersten Teil des Antrages für unzulässig, da Gemeindegeldmittel zu politischen Zwecken nicht herangezogen werden könnten; auch betreffs der Schule sei der Antrag abzulehnen. Angenommen wurde nur, den Beamten und Arbeitern gegen volle Bezahlung den Tag freizugeben.

Reinickendorf. In ihrer ersten Sitzung nach der Neuwahl beschäftigte sich die Gemeindevertretung mit Befoldungsfragen für die Beamten und Arbeiter. Beide Sozialistische Fraktionen hatten sich dahin geeinigt, daß die Befolgung nach dem Stützverhältnis zu erfolgen habe. Dem Wunsch der Rechtssozialisten, auch einen Bürgerlichen in den Gemeindevorstand aufzunehmen, widersprachen unsere Genossen. Durch das Ausschließen von fünf Schülern, die als kritische Studien ihre Ämter zur Verfügung gestellt hatten, kam folgende Wahl zustande. Unsere Fraktion scheidet die Genossen Vendi, Behne und Reuhoff, die Rechtssozialisten Schönberg und Jeising in den Gemeindevorstand. Die Stellung des Bürgermeisters bleibt unbesetzt. Seine Funktion übernimmt der Beigeordnete Stadtrat Reichel. Ein Vertrag mit der Gemeinde Rosenfeld bezüglich einer Straßenbahnverbindung nach dieser Nachbargemeinde wird die Zustimmung der Gemeindevertretung. Lebhafte Beschwerte wurde über die trostlosen Ernährungsverhältnisse im hiesigen Krankenhause geäußert. Es wurde beantragt, daß die dem Krankenhause zugehörigen beschlagenebenen Sachen auch den Patienten wirklich gegeben würden. Bei dieser Gelegenheit kam es zu einer lebhaften Kontroverse zwischen dem Genossen Kaufmann und dem Fraktionsführer der Reichsozialisten Schönberg, der seinem ablehnenden Standpunkt den kommunistischen Arbeiterräten gegenüber ungewöhnlichen Ausdruck verlieh. Die erste Sitzung des Rates wurde der nächsten Gemeindevertretung überwiesen. Diese hat am 2. April stattgefunden. Sie zeigte die ganze Tragweite unserer finanziellen Verhältnisse. Der Rechtssozialist Schönberg als guter Kenner der kommunalen Verhältnisse Reinickendorfs zeigte im Verlauf seiner programmatischen Erklärungen die verschiedene Schwächen des Etats auf, um in seinem Schluß die einzige Möglichkeit, aus dieser Misere herauszukommen, den Wunsch nach einer baldigen Eingemeindung zum Ausdruck zu bringen. Die Stellung unserer Fraktion vertrat der Genosse Seike. Indem er die einzelnen Stadtkassen in großen Zügen streifte, gab ihm die in den Etat eingelegte Summe von 26 000 Mark für Arbeiterdiebstahl, unsere prinzipielle Stellung zu dieser Institution vorzutragen. Der Vorschlag für die Schulen hat willkommenen Anlaß, das überaus langsame Tempo, das die Regierung der Volksschule gegenüber einschlägt, zu kritisieren. Unsere alte Forderung, Hebernahme sämtlicher Schullasten auf den Etat unter Zuhilfenahme der kommunalen Selbstverwaltung wäre auch für unsere Gemeinde eine Erlösung. Die gesamten Schullasten belaufen sich auf rund 1 1/2 Millionen. Auf die Volksschule entfallen 1 000 000 Mark. Auf den einzelnen Schüler umgerechnet, zahlt die Gemeinde für einen Volksschüler 148.— Mark. Für ein Schüler des Abzuges 300.— Mark, und für einen Realgymnasialisten 415 Mark Zuschlag. Der in der letzten Gemeindevertretung beschlossene Abbau der Vorhänge wird in absehbarer Zeit diesem ungesunden Verhältnis ein Ende machen. Unser Redner verlangte nunmehr endgültige Beilegung aller monarchischer Embleme aus den Schulen, sowie der Dekorative, die immer noch die Wände einzelner Schulen zieren. Weitergehende ärztliche Fürsorge, sowie alle anderen bekannten Forderungen wurden zum Vortrag gebracht. Auch hinsichtlich der Armen- und Waisenpflege. Das veranschlagte Staatseinkommenverfall von

130 000 Mark dürfte angesichts der ungeheuren Arbeitslosigkeit kaum einkommen. Ein Steuerzuschlag von 350 Prozent rückt damit in erschreckender Nähe. Eingehende Beratungen der Finanzkommission, an die der Etat zurückverwiesen wurde, werden zeigen, ob sich dieser Satz erheblich mindern lassen. Auch unter Redner — die einzige Stellung in einem Aufsehen in Groß-Berlin. — Nach einer sich daran anschließenden Auseinandersetzung zwischen dem bürgerlichen G. B. Pinus und dem Genossen Seike über die von ersterem befürwortete Vernichtung des Reinen Handwerks und Kleinhandels wurde der Etat an die Finanzkommission zurückverwiesen. Ein Dringlichkeitsantrag der sozialistischen Fraktion betraf die Feier des 1. Mai. Er wurde beschlossen, alle kommunalen Betriebe, sowie die Schulen an diesem Tage zu schließen. Für die für „Kaiserliche Veranstaltungen“ wurden 3000.— Mark bewilligt, die indes durch das zu erhebende Eintrittsgeld wieder eingebracht werden dürften.

Förderung geistig schwacher Kinder. Beim Beginn des neuen Schuljahres ist es Eltern, Vormütern und anderen Erziehungsberechtigten vielleicht von Wert, zu erfahren, daß die Schulbehörde der Stadt Berlin seit mehreren Jahren eine Stelle besetzt, wo unentgeltlich Rat über die erzieherische Behandlung und unterrichtliche Förderung von schwer erziehbaren, teilschwer erziehbaren und geistig schwachen Kindern jedes Alters erteilt wird. Die heilpädagogische Sprachstunde des Direktors der Hilfsfortbildungsschule A. Fuhs, ist auch im vergangenen Jahre in zahlreichen Fällen in Anspruch genommen worden. Sie findet auch im kommenden Halbjahr jeden Donnerstag von 10—12 Uhr im städtischen Jugendamt, Jüdenstr. 51-52, statt.

Verhaftung. Am 11. März ist im Hause Kronstr. 35 vom Regiment Wägen Hausung nach Waffen vorgenommen worden. Wilhelm Müller ist darauf verhaftet worden, da er angeblich Waffen getragen haben soll, was jedoch nicht zutrifft. Er ist dann nach der Schule in der Markusschule gebracht worden, wo da fehlt jede Spur. Sämtliche Nachforschungen nach ihm, waren erfolglos. Personen, welche nähere Angaben machen können, werden gebeten, sich bei Frau Müller, Kappenstraße 77 zu melden.

Veranstaltungen.

Schmargendorf. In der am Dienstag, den 1. April stattgefundenen Versammlung nahmen die Genossen Stellung zu den Verhandlungen des Parteitag. Genosse Schmidt gab in ausführlicher Weise ein Bild von den Verhandlungen. Er führte aus, daß den breiteren Raum der Tagungen Rätesystem oder Demokratie einnahm. An die lebhafteste Diskussion schloß sich die Annahme folgender Resolution: Die Versammlung begrüßt die Entschließung des Parteitag, nach der die U. S. V. auf dem Boden des Rätesystems steht. Die Versammlung stellt auf dem Standpunkt, daß als das einzige zweckdienliche Mittel zur Einrichtung einer Räterepublik der gut vorbereitete und organisierte Generalfreist über ganz Deutschland betrautet wird. Die Versammlung nahm weiter mit großer Befriedigung Kenntnis, daß der Parteitag die Einwirkung eines Internationalsenats, durch das die Macht der kapitalistischen Presse gebrochen wird, gefordert hat. Die Versammlung bittet dringlich, so schnell wie möglich die Grundlagen für ein Internationalsenat durch die Parteileitung auszuarbeiten. — Sodann gab Genosse Böhm einen Tätigkeitsbericht des Arbeiterrats, welcher noch von Genossen Wasenly ergänzt wurde.

Nach den Organisationen.

Bezirk Welfenfel. Am Dienstag, den 8. d. M., abends 6 Uhr findet von den bekannten Lokalen aus eine Flugblattverteilung statt. Am Mittwoch, den 9. d. M., abends 7 Uhr, findet in den bekannten Lokalen Jahrsabend statt. Die Genossinnen und Genossen werden ersucht, sich zahlreich zu beteiligen. Stettin. Am Freitag, den 3. April, unsere Mittelschulversammlung der Genossen Steinke, Altstr. 10, 11. Die Genossinnen und Genossen sind gebeten, ihre Beiträge zur Entlastung der Gruppenleiter in der Versammlung zu entrichten. Mithilfe der Berücksichtigung dieser Wünsche der Gruppenleiter erwirbt die Beitragsleistung. Tempelhof. Am Mittwoch, 3. April, abends 7 1/2 Uhr, in der Halle des Realgymnasiums, Kaiserin-Augusta-Straße, Fortsetzung der Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Wahl des Vorstandes sowie der Funktionäre. 3. Berichtsabnahme. Eintritt nur gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuches. Vorabend. Johannisthal. Dessenliche Frauerversammlung. Referent: Freund, Sonntag, abends 7 Uhr, Lindenhof, Friedrichstr. 61. Spandau. Mittwoch, 3. April, abends 7 Uhr, in der Kriegshalle, Volkshaus, Eingang Friedrichstraße, Mitgliederversammlung der U. S. V. D. Wichtige Tagesordnung. Potsdam. Spandau — Oranienburg. Sonntag, 19. April, abends 10 Uhr, findet im Stadterordnetenstiftungsheim im Spandauer Rathaus eine Gemeindevorstand-Konferenz der U. S. V. statt. Genosse Bogner hat zu dieser Sitzung ein Referat zugelegt. Das zahlreiche Erscheinen aller Gemeindevorsteher der U. S. V. ist erwünscht. J. A.: Emil Olm.

Spiel und Sport.

Die Aere Turnerschaft Friedrichstraße eröffnet am Dienstag, den 3. April, ihre erste Casseabteilung in der Turnhalle der 1. Volksschule, Kummelsbuser Straße. Turnzeiten: Dienstag und Freitag von 8 1/2—9 Uhr. An denselben Abenden im Anschluss: Turnstunden der Jugend- und Männerabteilungen. Frauen turnen Mittwochs und Sonnabends von 8—10 Uhr. Gäste willkommen! Turnverein „Acht“. Die 6 Frauen-Abteilung turnt abends 7 1/2 abends und Donnerstags in der Turnhalle Kleinstr. 49, abends von 8—10 Uhr. An denselben Abenden von 8—9 Uhr turnt abends die Mädchen-Abteilung. — Am Dienstag, den 3. April, findet die 8 Frauen-Abteilung in der Turnhalle Ullrichstr., Ecke Plaquestr. 10, abends. Turnzeiten Dienstag und Freitag von 8—10 Uhr abends. Die 7 Schülerabteilung turnt abends 7 1/2 abends ab in derselben Turnhalle. Turnzeiten Dienstag und Freitag von 8—9 Uhr. Gäste willkommen! Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wielepp, Reichstr. 10, Verlagsgesellschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck im Lindenbühlerei und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 19.

Botenfrauen

werden nach in nachstehenden Expeditionen eingestellt:

Berlin:
Bucher, An der Mithrasstraße 2.
Eich, Kommerzienstr. 10.
Gendel, Weinstr. 18.
Gandberg, Wilmersdorferstr. 2.
Gentle, Kottbusstr. 14.
Gierhauer, Schwanenstraße 10.
Döring, Eichenstraße 21.
Weteren, Herthastr. 24.
Wienke, Vordamm 1.
Schiffbauerdamm 19.
Zornhoffer, Wöhrer Str. 42.

Charlottenburg:
Vorens, Wöhrer Str. 42.

Nieder-Schönweide:
Galltraug, Eichenstr. 17.

Steglitz:
Kand, Wöhrer Str. 42.

Wilmersdorf:
Gendel, Wöhrer Str. 42.

Spandau:
Gendel, Wöhrer Str. 42.

Schöneberg:
Gendel, Wöhrer Str. 42.

Die Wahrheit über die Berliner Straßenkämpfe

48 Seiten. Preis 35 Pf. Aufl. 100 000 Exempl.

Eine ausführliche Schilderung der letzten Berliner Ereignisse

Sobald erschienen. Zu beziehen durch unseren Verlag und Speditionen, Buchhandlungen, Zeitungshändler.

Verlagsgenossenschaft „FREIHEIT“ e. G. m. b. H., Berlin, Schiffbauerdamm 19

Mein selbst erprobtes Rezept bereit bestimmt von Rheumatisches, Anstragen an Lager, 65 Charlottenburg 3.

Handlertwagen, große Auswahl, verk. billig. Kaden, Neuhilf, Schöneberg, 25, Ecke Koerberstr.

Pianos, tadelloser, gebrauchte von 12—1000.— M. verkauft Pianohaus Max Becker, Adressstraße 47.

Greter Klettersportwagen mit Verdeck, billig zu verkaufen, Striska, Wilhelm-Stolze-Straße 1A, Hof 11.

Kupferleitungsdrähte, Kabel, L-ten last und zahlst die höchsten Preise Barfuß, Prenzlauer Str. 13 am Alexplatz, Telefon Köpenickstadt 2015.

Der Sozialist.

(Früher Sozialistische Anlandopolitik).

Unabhängige sozialdemokratische Wochenschrift.

Herausgegeben von Dr. Rud. Breitscheid.

Unterhändler: Mitbestimmung von H. Vloß, H. Haase, K. Kautsky, A. Stein, H. Ströbel u. a.

Abonnement vierteljährlich 5 Mk. Einzelnummer 30 Pf. (Einschl. Post) und an den nächsten Postamt, bei den Speditionen der Freiheit, oder in der Hauptexpedition derselben, Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19/17.

Am 15. 4. 19. verleihe ich meine Spedition von Schiffbauerdamm 19 nach Schwedenstraße 3, Laden.

Häbnor.

Kostenlos Rechtsberatung! Spezialist: Ehaschen, Straßensack! Gesuche, Prozessführung vor allen Gerichten, Mietka, Demmlerstr. 31, Ecke Postwaser Str.

Facharzt Dr. Meyers

Geschlechtsleiden 11-1 und 5-7 Jägerstr. 12.

Zinkwano 40. Papestr. 8., Porzellanring 7 m 10., Tisch-Schiffstiel, Größe 6, Wäschkorb 7., Gänge 2 Pf. 8., Kleeblätter, Standuhr, 7., Spinnrad, 9., Kinde, 10., 11., 12., Malgarden, 0-11, 12., Liebigstraße 21. Over...

Herr Hartmann, Papestr. 8., Salvatorstr. 1., Blücherstr. 1., Schnellste Heilung, ansteckenden, heilt in der Harn...

Herr Jägerstr. 11-1, 5-7, Sonntag...